

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

14.07.2023

# Inhalt

## EWN

- 1 | **So haben die MV-Vertreter im Bundestag beim LNG-Gesetz gestimmt**  
*nordkurier.de, 13.07.2023* ..... 3
- 2 | **Radioaktiver Müll bleibt länger**  
*Rhein-Neckar-Zeitung - Mosbacher Nachrichten, 14.07.2023* ..... 6

 nordkurier.de | 13.07.2023

 Deutsche Presse-Agentur, Lutz Reuter

 WEBLINK

## ENERGIEPOLITIK

# So haben die MV-Vertreter im Bundestag beim LNG-Gesetz gestimmt

## Berlin

*Im Bundestag wurde die gesetzliche Grundlage für ein LNG-Terminal in Mukran auf Rügen geschaffen. So begründen die Abgeordneten aus MV ihre Entscheidung.*

Einer beschleunigten Genehmigung des Flüssigerdgas-Terminals (LNG) im Hafen Mukran auf Rügen haben Bundestag und Bundesrat nun den Weg geebnet. Die Aufnahme des Projektes in das LNG-Beschleunigungsgesetz fand in beiden Häusern eine Mehrheit, blieb jedoch nicht ohne Widerspruch. Um zu erfahren, wie sie ihr Abstimmungsverhalten zu dem umstrittenen Vorhaben begründen, hat der Nordkurier alle Bundestagsabgeordneten mit einem MV-Mandat zu einer Stellungnahme aufgefordert – das sind ihre Antworten.

### Leif-Erik Holm (AfD)

„Ich habe natürlich gegen das LNG-Terminal auf Rügen gestimmt. Ich halte die Pläne für eine ernste Gefahr für die Urlaubsinsel und ihre Bürger. Es gibt nach wie vor große Zweifel, dass das Terminal überhaupt benötigt wird. Den Bedarf hat Wirtschaftsminister Habeck bis heute nicht nachgewiesen. Enttäuscht bin ich von der fehlenden Unterstützung der Rügauer durch Schwesigs Landesregierung. Weder Schwesig selbst, noch ein Mitglied aus ihrem Kabinett hielt es für nötig, in der Sitzung des Bundestags die Stimme gegen Habecks Wahnsinnspläne zu erheben. Dabei wäre das Zeichen für Rügen enorm wichtig gewesen. So erscheint Schwesigs späte Ablehnung wenig glaubwürdig.“

### Enrico Komning (AfD)

Ich habe gegen dieses Gesetz gestimmt. Um Mukran liegt eines der Touristenzentren Deutschlands, ein hochsensibles Naturschutzgebiet. Ausgerechnet hier soll jetzt ein Flüssiggasterminal entstehen, mit schlimmen Folgen für die Umwelt, wie Experten es befürchten. Aber nicht nur die Umweltzerstörung für eine

vollkommen fehlgeleitete Energiepolitik ist abzulehnen, sondern auch die arrogante und rücksichtslose Art, wie dieses Gesetz an Bevölkerung und Bundestag vorbei, von der Bundesregierung im Schnellverfahren regelrecht durchgepeitscht worden ist. Der Zickzack-Kurs der Landesregierung demonstriert deutlich, wie unausgegoren der Gesetzentwurf ist und wie er eigentlich nur grüne Ideologie bedient.

### Ulrike Schielke-Ziesing (AfD)

„Ich habe natürlich gegen das Gesetz gestimmt. Inzwischen weiß man: Wir brauchen das Terminal nicht, um unsere nationale Versorgung zu sichern. Es war erschütternd zu erleben, wie Habeck und seine Vertreter sämtliche Proteste der Bewohner vor Ort vom Tisch gefegt haben. Das lässt nur einen Schluss zu: Hier geht es nicht um Fakten, sondern um Machtpolitik. Das Flüssiggas soll, so ist zu hören, noch nicht einmal Deutschland zu Gute kommen, sondern nach Osteuropa fließen. Dafür droht nun die mutwillige Zerstörung einer einzigartigen Naturlandschaft, vom Schaden für die touristische Infrastruktur gar nicht zu reden. Ich bin tieftraurig über das Ergebnis dieser Abstimmung.“

### Dietmar Bartsch (Linke)

„Eine überwältigende Mehrheit der Menschen auf Rügen und in Mecklenburg-Vorpommern lehnt es ab, dass in Mukran gegen den Willen der Bevölkerung ein überdimensioniertes LNG-Terminal entstehen soll. Ich stehe voller Überzeugung hinter dem Nein der Bürgerinnen und Bürger und habe das unüberhörbar deutlich gemacht – öffentlich und mit meinem Nein im Deutschen Bundestag. Dieses Projekt ist eine Gefahr für die Umwelt und den Tourismus. Ich finde es in-

akzeptabel, wie hier über die Interessen und Sorgen der Bürger hinweggegangen wird. Ich habe wenig Verständnis, dass Abgeordnete aus MV dem Vorhaben zustimmen konnten. Das schadet unserer schönen Heimat und der Demokratie.“

### **Ina Latendorf (Linke)**

„Bei der Abstimmung über die Aufnahme Mukrans in das LNG-Beschleunigungsgesetz habe ich – wie die gesamte Fraktion Die Linke – mit Nein gestimmt. Für meine Fraktion habe ich auch in der Debatte gesprochen. Dabei habe ich deutlich gemacht, dass es keine Begründung für dieses Terminal, das von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung vor Ort abgelehnt wird, gibt. Bereits in der Anhörung des Ausschuss für Klima und Energie am 3.7. wurde deutlich: es gibt keine Gasmangellage und eine solche ist auch nicht zu erwarten. Das räumt mittlerweile auch die Bundesregierung ein. Vor diesem Hintergrund ist ein weitgehender Verzicht auf Bürgerbeteiligung und Umweltverträglichkeitsprüfungen – wie im Gesetz vorgesehen – nicht vertretbar.“

### **Katrin Zschau (SPD)**

„Die Aufnahme des Standortes Mukran für bis zu zwei FSRU im Hafen sowie eine Anbindungsleitung nach Lubmin ist ein notwendiger Schritt. Die ostdeutschen Bürger und Unternehmen brauchen Zugang zu Gas im Winter, z.B. die Stahlindustrie in Riesa oder die Glasindustrie in Thüringen. Bei Planung und Umsetzung gelten selbstverständlich die gesetzlich festgelegten umwelt- und naturschutzrechtlichen Standards und Vorgaben. Der Hafen kann mit dem Vorhaben einer Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlage und eines Wasserstoff-Elektrolyseur neue Wege gehen. Hier braucht es die finanzielle Unterstützung des Bundes. Flächen- und Arbeitskräfte in der Tourismus- und Industrielwirtschaft sind gleichermaßen wichtig.“ (Anm. d. Red.: hat mit ja gestimmt)

### **Erik von Malottki (SPD)**

„Ich habe der Änderung des LNG-Beschleunigungsgesetzes nicht zugestimmt, weil es weiterhin offene Fragen zur Notwendigkeit des LNG-Terminals in Mukran und zum Schutz unserer Natur gibt. Auch deshalb gibt es kaum Akzeptanz vor Ort und in Mecklenburg-Vorpommern. Die Basta-Kommunikation durch das Wirtschaftsministerium hat die Situation verschlimmert und gerade die Menschen auf der Insel vor den Kopf gestoßen. So wurde die Chance verpasst, Menschen in MV mitzunehmen, zum Beispiel durch eine Absenkung der Netzentgelte oder Zusagen zum Aufbau der Wasserstoffproduktion. Ich erwarte vom Bundeswirtschaftsministerium in den nächsten Wochen ein Zugehen auf

die Landesregierung und die Bevölkerung.“

### **Reem Alabali-Radovan (SPD)**

„Die Energieversorgungssicherheit unserer Bevölkerung und Wirtschaft muss innerhalb kurzer Zeit neu organisiert werden. Dies machen die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges leider nötig. Aktuell gibt es nicht genügend Gasleitungen von West nach Ost, deshalb müssen wir für Notfallsituationen vorsorgen und hierfür die Weichen zügig stellen. Die Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen für Natur und Tourismus sind bei der Umsetzung zu berücksichtigen. Wichtig für die Region ist außerdem der Ausbau einer eigenen wirtschaftlichen Nutzung, damit Rügen nicht auf eine Transitregion reduziert wird.“ (Anm. d. Red.: hat mit ja gestimmt)

### **Anna Kassautzki (SPD)**

„Ich habe gegen die Aufnahme von Mukran in das LNGG gestimmt, da meines Erachtens weder der tatsächliche Bedarf weiterer Kapazitäten dargelegt worden ist, noch die drängenden Fragen zu Auswirkungen auf die Umwelt, den Tourismus und die Menschen auf der Insel Rügen beantwortet worden sind. Ich bin auch enttäuscht, dass es bis heute nicht gelungen ist, mit den Menschen vor Ort auf Augenhöhe zu kommunizieren und sie bei den Planungen zu beteiligen.“

### **Frank Junge (SPD)**

„Ich habe dafür gestimmt. Die ablehnende Haltung der Landesregierung gegenüber dem geplanten Bau von zwei mobilen LNG-Terminals am Standort Mukran kann ich nachvollziehen. Diese hat schon früh klar gemacht, dass eine solche Energieinfrastruktur die Akzeptanz der Menschen vor Ort braucht und mit dem Umweltschutz und der Tourismuswirtschaft in Einklang gebracht werden muss. Demgegenüber musste ich als Bundestagsabgeordneter bei meiner Entscheidung zum LNG-Beschleunigungsgesetz auch die Belange einer sicheren Energieversorgung für Ostdeutschland, Bayern und unsere osteuropäischen Partnerländer mitdenken. Nach dieser Abwägung habe ich meine Zustimmung gegeben.“

### **Simone Borchardt (CDU)**

„Ich habe aus voller Überzeugung mit Ablehnung gestimmt. Für mich ist der Standort Mukran auf der Insel Rügen in der Gesamtheit nicht tragbar. Schon in den Anhörungen des Petitionsausschusses ist klar geworden, dass die Bundesregierung keine Vorstellung von den Gegebenheiten vor Ort hat. Die Auswirkungen für den Tourismus sind verheerend und gefährden das wichtigste wirtschaftliche Standbein der Region. Bis

heute konnte zudem nicht einwandfrei nachgewiesen werden, ob ein tatsächlicher Bedarf für ein LNG-Terminal auf Rügen besteht. Diese Entscheidung zeigt einmal mehr, dass die aktuelle Bundesregierung legislative Schnellschüsse abgibt, anstatt Entscheidungen sorgfältig abzuwägen.“

### **Philipp Amthor (CDU)**

„Man darf die Energiepolitik nicht rücksichtslos mit der Brechstange gegen die Menschen durch das Parlament prügeln – beim Heizungsgesetz ebenso wenig wie beim LNG-Terminal vor der Insel Rügen. Allen Bedenken zum Trotz und ohne ernsthafte Würdigung unserer Alternativvorschläge (Offshore-Terminal circa 20km vor Rügen) hat die linke Ampelkoalition ihr LNG-Gesetz dennoch durchgedrückt. Das war respektlos gegenüber den Bürgern in unserem Bundesland. Deshalb hat meine CDU-Landesgruppe das Vorhaben auch geschlossen abgelehnt und zugleich Zick-Zack-Schwesig für ihren hilflosen Schlingerkurs kritisiert, mit dem sie nicht mal die Mehrheit ihrer eigenen SPD-Landesgruppe überzeugen konnte. Schade für unser Land!“

### **Claudia Müller (Grüne)**

„Die Entscheidung war schwer. Die Sorgen auf der Insel Rügen und unter Umweltschützern sind berechtigt. Es muss während des Baus und Betriebs genau kontrolliert werden, dass die Auswirkungen für Mensch und Umwelt möglichst gering sind. Für mich war die Frage der Versorgungssicherheit für Ost- und Süddeutschland sowie Mittel- und Osteuropa entscheidend. Außerdem sind die Durchleitungskapazitäten der Erdgaspipelines von West- nach Ostdeutschland am Limit. Hier schafft das Terminal mehr Sicherheit. Für mich ist klar: Das Terminal darf die Energiewende nicht verzögern. Es müssen jetzt auch die Impulse und Unterstützung für den Aufbau der Wasserstoffwirtschaft auf Rügen kommen.“ *(Anm. d. Red.: hat mit ja gestimmt)*

### **Von diesen drei Abgeordneten gibt es keine Begründung**

Hagen Reinhold (FDP), der zur parlamentarischen

Sommerpause sein Bundestagsmandat niederlegen will, lässt ausrichten, dass er nicht an der Abstimmung teilgenommen hat. Johannes Arlt (SPD) konnte nach eigenen Angaben aus gesundheitlichen Gründen nicht abstimmen. Dietrich Monstadt (CDU) ließ eine Nordkurier-Anfrage unbeantwortet. Er hat nach Bundestagsangaben gegen die Aufnahme des Standorts Mukran in das LNG-Beschleunigungsgesetz gestimmt.

### **Juristisches Vorgehen gegen Entscheidung angekündigt**

Das Unternehmen Deutsche Regas will im Auftrag der Bundesregierung ein schwimmendes Import-Terminal für LNG im Hafen Mukran bei Sassnitz betreiben. Hierzu sollen zwei Spezialschiffe zur Umwandlung des Flüssiggases dort vor Anker gehen, eines – die „Neptune“ – liegt bereits im Hafen Lubmin. Wegen der leichteren Anlandung soll sie gemeinsam mit der Mitte Juni gesicherten sogenannten FRSU „Transgas Power“ umziehen. Insgesamt will Regas so eine Gesamtkapazität von 13,5 Milliarden Kubikmetern Erdgas jährlich sicherstellen.

Kurz nach dem Beschluss des Bundestages kündigte die Gemeinde Binz – welche in Sichtweite des Hafens Mukran liegt – an, vor dem Bundesverwaltungsgericht juristisch gegen die Entscheidung vorgehen zu wollen. Mit mehreren Einstweiligen Anordnungen soll ein Baustopp erreicht werden. Seit Monaten hatten Bürgerinitiativen auf der Insel gemeinsam mit Kommunalvertretern demonstriert.

Auch darüber hinaus hat sich ein breites Bündnis aus Umweltverbänden, Ökonomen und der Tourismuswirtschaft gegen das LNG-Terminal Mukran formiert. Neben möglichen Auswirkungen auf Umwelt und Tourismus wird auch hier die Notwendigkeit der zusätzlichen Importkapazitäten angezweifelt. „Entgegen der Bedarfslage neue fossile Strukturen inmitten eines Meeresschutzgebiets aufzubauen, ist der Abschied von einer konsequenten grünen Energiewende und untergräbt das Bekenntnis der Regierung zum 1,5 Grad-Limit“, sagte Finn Viehberg, Leiter des WWF Ostseebüros. Das Gesetz nannte er eine „Fehlentscheidung zu Lasten von Meeresnatur und Klimaschutz“.

## Radioaktiver Müll bleibt länger

### Asketa-Jahrestreffen: Weil das Endlager im Schacht Konrad nicht fertig wird, bleibt das KWO-Zwischenlager länger in Betrieb

**Obrigheim.** Nach fast 37 Jahren Betrieb und mehr als 90 Milliarden Kilowattstunden erzeugter Energie ist mit dem Aus des Kernkraftwerks 2005 eine Ära in Obrigheim zu Ende gegangen. Seit 2008 wird die Anlage zurückgebaut. Die hoch radioaktiven Abfälle sind mittlerweile zwar längst nach Neckarwestheim ausgelagert worden, schwach und mittel radioaktiv strahlende Stoffe warten aber weiterhin im Zwischenlager in Obrigheim auf ihren finalen Abtransport.

„Vor 2030 wird das sicher nichts mehr“, erklärte Bürgermeister Achim Walter unlängst im Gespräch mit der Rhein-Neckar-Zeitung. Zuvor hatte sich Walter zwei Tage lang mit anderen Bürgermeistern, in deren Kommunen Zwischenlager betrieben werden, in Philippsburg ausgetauscht.

Wichtigstes Thema der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen (Asketa) war der neue Zeithorizont bei der Zwischenlagerung. Schacht Konrad, in dem schwach und mittel radioaktive Stoffe endgültig gelagert werden sollen, wird und wird nicht fertig. Erst Mitte Juni wurde bekannt, dass es wohl noch mindestens bis 2029 dauern wird, bis das ehemalige Eisenerzbergwerk im niedersächsischen Salzgitter für den radioaktiven Abfall entsprechend ertüchtigt ist. „Das ist meines Wissens das dritte Mal, dass der Termin nach hinten verschoben wird“, bedauert der Obrigheimer Rathauschef.

Die daraus resultierende längere Zwischenlagerung in Obrigheim betrifft vor allem die Feuerwehr. Erst in seiner jüngsten Sitzung hatte der Obrigheimer Gemeinderat zugestimmt, dass nach dem Wegfall der KWO-Werksfeuerwehr die örtlichen Wehren im Ernstfall das Zwischenlager sichern müssen. Eine Aufgabe, die mit einem höheren Risiko als bei alltäglichen Einsätzen einhergeht.

„Viel stärker als wir in Obrigheim sind allerdings die Kommunen betroffen, die hoch radioaktive Stoffe zwischenlagern“, macht Walter deutlich. Denn bei den

stark strahlenden Abfällen liegt die Endlagerung in noch viel weiterer Ferne. „Ich glaube nicht, dass ich es noch erlebe, dass die Castoren in Neckarwestheim an ihren endgültigen Lagerplatz gebracht werden“, zeigt sich Walter mit Blick auf die langwierige Standortsuche resigniert. Mit einer Festlegung vor 2050 ist nicht zu rechnen, „und bis die entsprechenden Stollen dann ertüchtigt sind, kann es noch einmal Jahrzehnte dauern“, prognostiziert der Obrigheimer Bürgermeister.

Dringlichstes Problem sind hier neue Genehmigungsverfahren für die Castoren, die hoch radioaktive Strahlung in den Zwischenlagern nach außen abschirmen. Ursprünglich für 40 Jahre als sicher empfunden, müssen sie neu überprüft werden. Bei der Asketa spricht man von vier bis sechs Jahre dauernden Verfahren.

Dr. Michael Hoffmann, Bereichsleiter Betrieb bei der Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ), erläuterte bei der Asketa-Tagung, dass sich die BGZ seit ihrer Gründung im Jahr 2017 auf eine Zwischenlagerung deutlich über den bisher genehmigten Zeitraum von 40 Jahren vorbereite. Im Zuge der neu zu führenden Genehmigungsverfahren müssten viele technische Fragen beantwortet werden. Dazu verfolge die BGZ ein umfassendes Forschungsprogramm, in dessen Rahmen sie mit nationalen und internationalen Partnern Alterungseffekte der Behälter und des Inventars betrachte. Zudem Sorge ein umfangreiches Überwachungssystem für die Sicherheit in den Zwischenlagern. „Daher sind wir davon überzeugt, die sichere Aufbewahrung der radioaktiven Abfälle so lange gewährleisten zu können, bis alle Behälter an das Endlager abgegeben sind“, so Hoffmann.

„Wir Standortkommunen und die BGZ pflegen einen regelmäßigen und konstruktiven Austausch“, betonte Stefan Martus, Bürgermeister von Philippsburg und Gastgeber der Tagung. Der Asketa-Vorsitzende Josef Klaus, Bürgermeister von Niederaichbach, ergänzte: „Wir werden die Zwischenlagerung weiterhin kritisch begleiten, insbesondere die anstehenden Genehmigungsprozesse für die verlängerte Zwischenlagerung.“

In diesem Prozess muss die Lage der Standortkommunen berücksichtigt werden, denn wir vor Ort leben direkt an den Zwischenlagern.“

Sechs Forderungen an die Bundespolitik sind das Ergebnis der Asketa-Tagung. Neben der Forderung nach einem verbindlichen Terminrahmen und einem festen Sitz im nationalen Begleitgremium, verlangen die Bürgermeister der Standortkommunen auch Entschädigungen für die Zwischenlagerung „analog der gesetzlich festgesetzten Entschädigung für den zukünftigen Endlagerstandort bzw. der Kohleregionen“.

Damit ließe sich zum Beispiel die Zusatzausrüstung

der Feuerwehr finanzieren, um sie vor den Gefahren bei einem Einsatz im Zwischenlager besser zu schützen, sagt Obrigheims Bürgermeister Achim Walter. „In erster Linie geht es uns aber nicht um einen gewissen Betrag X, sondern um die Wirkung, die wir mit regelmäßigen Kosten in Berlin verursachen.“ Denn Walter befürchtet, dass die Endlager-Thematik mit dem Abschalten der letzten drei Atomkraftwerke Mitte April schnell aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwindet – und damit nur noch sehr weniger Beachtung in der Bundespolitik findet. „Wer Geld kostet, wird da besser wahrgenommen“, meint Walter.

*Info: [www.asketa.de](http://www.asketa.de)*